



## **NRW-Landesregierung trifft Richter mit Nullrunden ins Mark**

Nach zahlreichen spürbaren Einschnitten in die Besoldung im vergangenen Jahrzehnt hat die Landesregierung nunmehr zwei weitere Nullrunden in der Besoldung der Richter und Beamten des höheren Dienstes beschlossen.

„Wir können nicht anders, als dies als eine Geringschätzung unserer Arbeit zu werten. Noch kurz vor der Wahl hat die Ministerpräsidentin versprochen, keine weiteren Einschnitte bei den Beamten und Richtern zu planen. Nach einem Jahr sind diese Worte nichts mehr wert“, kommentierte der Vorsitzende der Verwaltungsrichtervereinigung NRW, Dr. Carsten Günther, den Beschluss der Landesregierung. „Den Kolleginnen und Kollegen fehlt inzwischen jegliches Verständnis für diese einseitige Benachteiligung seitens der Landesregierung. In Zeiten sprudelnder Steuerquellen und bei den Rekordtarifabschlüssen der vergangenen Zeit sind Nullrunden für Richter und Beamte nicht mehr akzeptabel. Die Schuldenbremse des Staates ist in der Demokratie eine Aufgabe aller Bürger. Sie allein bei Richtern und Beamten in Nordrhein-Westfalen verwirklichen zu wollen, ist perfide“, so Günther am Montag in Münster.

In den Ländern Bayern, Hessen etc. werden die Bezüge entsprechend der Tarifvereinbarung der Länder mit den Beschäftigten angehoben. Auch der Bund und die noch deutlich ärmeren Gemeinden haben die Beamtenbesoldung angemessen angehoben, um ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht nachzukommen. Mit dem Beschluss von zwei Nullrunden für Richter und Beamte des höheren Dienstes ist die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen auf bestem Wege, endgültig den Boden der Verfassung zu verlassen. Schon gegen die Besoldung früherer Jahre sind Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Nunmehr rutscht die Landesregierung immer weiter in die verfassungswidrige Alimentation.

Münster, 18. März 2013